

PRESSEMITTEILUNG

Weiterbildung in Warteschleife? Nicht mit uns!

500 demonstrierten für Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung

Berlin, 6. Juni 2024 – „Psychotherapie-Weiterbildung finanzieren – jetzt!“ forderte heute ein breites Bündnis aus Psychotherapie-Studierenden, Kammern, Verbänden, Ausbildungsstätten, Universitäten und weiteren Interessengruppen vor dem Deutschen Bundestag. Die Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen), Dirk Heidenblut (SPD), Nezahat Baradari (SPD), Alexander Föhr (CDU) und Kathrin Vogler (Die Linke) unterstützten die Demonstration, die von der Psychologie-Fachschaften-Konferenz (PsyFaKo) organisiert wurde. Hintergrund war die fehlende Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung. Absolvent*innen der neuen Psychotherapie-Studiengänge brauchen die fünfjährige Weiterbildung, um Fachpsychotherapeut*innen zu werden.

„Schon jetzt würden mehr als 2000 Praxen gerne Weiterbildung anbieten. Aber noch keine einzige hat eine*n Psychotherapeuten*in in Weiterbildung eingestellt. Warum nicht? Weil gesetzliche Regelungen fehlen. Wir brauchen eine Änderung der Zulassungsverordnung, damit die Weiterbildungs-Therapieleistungen überhaupt in Praxen erbracht werden können“, forderte Barbara Lubisch, Stv. Bundesvorsitzende der Deutschen PsychotherapeutenVereinigung (DPTV).

„Ich bekomme in meiner Klinik Bewerbungen von verzweifelten Studierenden, die nicht wissen, wie sie ihre Weiterbildung beginnen sollen – es gibt einfach keine Weiterbildungsstätten. Unsere Kliniken können keine Weiterbildungsstätte werden, weil die Finanzierung fehlt“, beschrieb Elisabeth Dallüge, Sprecherin der ver.di Bundesfachkommission PP/KJP, die Situation im stationären Bereich.

„Die Vorschläge liegen auf dem Tisch, aber uns rennt die Zeit davon: Die ersten Jahrgänge im neuen System sind nun fertig und stehen vor einer ungewissen Zukunft. Schon ab nächstem Jahr werden es bis zu 2.500 Absolvent*innen jährlich sein. Herr Lauterbach, handeln Sie jetzt: Wir brauchen noch diesen Sommer eine Finanzierungsregelung im Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG)“, warnte PsyFaKo-Mitglied Felix Kiunke.

„Die Weiterbildung gibt es nicht zum Nulltarif. Mit dem Kabinettsentwurf eines Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes (GVSG) hat die Bundesregierung jetzt erstmals das Problem anerkannt: Die Zukunft des psychotherapeutischen Nachwuchses muss gesichert werden. Das ist gut, aber auch überfällig. Doch greift der Gesetzentwurf viel zu kurz“, kritisierte Dr. Andrea Benecke, Präsidentin der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK).

Bundesgeschäftsstelle

Am Karlsbad 15
10785 Berlin
Telefon 030 2350090
Fax 030 23500944
bgst@dptv.de
www.dptv.de

Presse

Hans Strömsdörfer
Telefon 030 23500927
Fax 030 23500944
Mobil 0157 73744828
presse@dptv.de

„Viele Studierende verzögern ihre Abschlussprüfung – in der Hoffnung, dass es bald mehr Sicherheit gibt. Durch Gespräche weiß ich, wie psychisch belastet die Studierenden durch diese ungewisse Situation sind. Wir dürfen nicht vergessen, dass sie auch das Studium Corona-bedingt unter schweren Bedingungen beginnen und durchführen mussten“, gab Prof. Dr. Eva-Lotta Brakemeier zu bedenken, Lehrstuhlinhaberin der Klinischen Psychologie und Psychotherapie an der Universität Greifswald.

*Mit 27.000 Psychotherapeut*innen ist die DPTV der größte Berufsverband für Psychologische Psychotherapeut*innen, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen und Psychotherapeut*innen in Ausbildung in Deutschland. Die DPTV engagiert sich für die Anliegen ihrer Mitglieder und vertritt erfolgreich deren Interessen gegenüber Politik, Institutionen, Behörden, Krankenkassen und in allen Gremien der Selbstverwaltung der psychotherapeutischen Heilberufe.*

Pressekontakt/Interview-Anfragen:

Hans Strömsdörfer

Pressesprecher

presse@dptv.de

Mobil: 0157 73744828

Telefon: 030 23500927